

Antrag auf Abgabe einer Verpflichtungserklärung nach § 68 Aufenthaltsgesetz (AufenthG)

I. Angaben des Erklärenden (Gastgeber):

Name:	
Vorname:	
Adresse des Erklärenden (Gastgeber):	
Geburtsdatum:	
Geburtsort:	
Staatsangehörigkeit:	<input type="checkbox"/> deutsch <input type="checkbox"/>
Personalausweis oder Reisepass (Bitte Kopie beifügen)	Nr.:
Bei Ausländern: Angabe zum Aufenthaltstitel	<input type="checkbox"/> Niederlassungserlaubnis <input type="checkbox"/> Aufenthaltserlaubnis bis <input type="checkbox"/>
Wie viele Personen leben in Ihrem Haushalt?	<input type="checkbox"/> Ich lebe alleine <input type="checkbox"/> Ich lebe zusammen mit meinem Ehepartner <input type="checkbox"/> Im Haushalt leben minderjährige Kinder _____ (Anzahl angeben)
Telefon/E-Mail:	
Grund für die Abgabe der Verpflichtungserklärung:	<input type="checkbox"/> Besuchsaufenthalt <input type="checkbox"/> Beantragung eines Visums zur Familienzusammenführung <input type="checkbox"/> Beantragung eines Visums zum Zwecke der Ausbildung/Studium/Sprachaufenthalt <input type="checkbox"/>

II. Angaben zum Besucher (Gast):

Name:	
Vorname:	
Adresse des Besuchers (Gast):	
Geburtsdatum:	
Geburtsort:	
Staatsangehörigkeit:	
Reisepass: (Falls möglich bitte Kopie beifügen)	Nr.:
Verwandschaft / Beziehung zum Gastgeber	
Datum der beabsichtigten Einreise: (Bitte das genaue Datum angeben)	
Besuchszeitraum / Dauer:	
Sitz der deutschen Botschaft:	

III. Angaben zu weiteren Besuchern (Ehegatten und/oder minderjährige Kinder zu Nr. II)

Ehegatte:

Name, Vorname:	
Geburtsdatum und Geburtsort:	
Reisepass (falls möglich Kopie beifügen):	

1. minderjähriges Kind:

Name, Vorname:	
Geburtsdatum und Geburtsort:	
Reisepass (falls möglich Kopie beifügen):	

2. minderjähriges Kind:

Name, Vorname:	
Geburtsdatum und Geburtsort:	
Reisepass (falls möglich Kopie beifügen):	

IV. Sonstige Angaben:

Ich habe bereits früher einmal eine Verpflichtungserklärung für einen Besuchsaufenthalt abgegeben:	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, und zwar im Jahre
Der von mir eingeladene Besuch war bereits früher einmal in Deutschland:	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, und zwar im Jahre
Der von mir eingeladene Besuch soll auch bei mir wohnen:	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein, die Unterbringung erfolgt bei (Name und Anschrift angeben)
Ich bestreite meinen Lebensunterhalt aus folgenden Einkommen:	<input type="checkbox"/> Selbständige/r <input type="checkbox"/> Arbeitnehmer/in <input type="checkbox"/> Rentner/in <input type="checkbox"/>
Ich erhalte (zusätzlich) Leistungen nach dem SGB II bzw. SGB XII:	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Folgende Nachweise meiner Leistungsfähigkeit liegen bei:	<input type="checkbox"/> Bescheinigung in Steuersachen vom Finanzamt und Gewerbeanmeldung (bei Selbständigen) <input type="checkbox"/> Arbeitgeberbescheinigung von mir <input type="checkbox"/> Arbeitgeberbescheinigung vom Ehegatten <input type="checkbox"/> Rentenbescheid (bei Rentnern) <input type="checkbox"/>
Derzeit ist ein Insolvenzverfahren bei mir anhängig:	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Zur weiteren Glaubhaftmachung meiner Leistungsfähigkeit bin ich bereit, eine Sicherheitsleistung pro Besucher zu hinterlegen (Nur notwendig bei Selbständigen oder Arbeitnehmern ohne ausreichendes pfändbares Einkommen:	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, Bankverbindung für die spätere Rückerstattung Kreditinstitut: _____ Konto-Nr.: _____ BLZ: _____ IBAN-Nr.: _____ Swift-Code: _____

Erklärungen zur Abgabe einer Verpflichtungserklärung

Ich bestätige, vor Abgabe der Verpflichtungserklärung auf folgende Punkte ausdrücklich hingewiesen worden zu sein:

1. Umfang der eingegangenen Verpflichtungen

Die Verpflichtung umfasst die Erstattung sämtlicher öffentlicher Mittel, die für den Lebensunterhalt einschließlich der Versorgung mit Wohnraum sowie der Versorgung im Krankheitsfall und bei Pflegebedürftigkeit aufgewendet werden, z. B. Kosten für Ernährung, Bekleidung, Wohnraum (privat oder im Hotel) sowie Kosten für Arzt, Medikamente, Krankenhaus, Pflegeheim oder sonstige medizinisch notwendige Behandlungen. Dies gilt auch, soweit die Aufwendungen auf einem gesetzlichen Anspruch beruhen, im Gegensatz zu Aufwendungen, die auf einer Beitragsleistung beruhen. Aus den genannten Gründen empfiehlt sich der Abschluss einer Krankenversicherung.

Der Verpflichtungsgeber hat im Krankheitsfall auch für die Kosten aufzukommen, die nicht von einer Krankenkasse übernommen werden bzw. die über der Versicherungssumme der Krankenversicherung liegen. Die Verpflichtung umfasst auch die Kosten einer möglichen zwangsweise Durchsetzung der Ausreisepflicht nach §§ 66, 67 AufenthG. Derartige Abschiebungskosten sind z. B. Reisekosten (Flugticket und/oder sonstige Transportkosten), evtl. Kosten einer Sicherheitsbegleitung sowie Kosten der Abschiebungshaft.

2. Dauer der eingegangenen Verpflichtungen

Die aus der Verpflichtungserklärung resultierende Verpflichtung erstreckt sich unabhängig von der Dauer des zugrunde liegenden Aufenthaltstitels auf den gesamten sich der Einreise anschließenden Aufenthalt, auch auf Zeiträume eines möglichen illegalen Aufenthalts. Im Regelfall endet die Verpflichtung mit dem Ende des vorgesehenen Gesamtaufenthaltes oder dann, wenn der ursprüngliche Aufenthaltszweck durch einen anderen ersetzt und dafür ein neuer Aufenthaltstitel erteilt wurde. Eine Sicherheitsleistung wird erst nach Vorlage eines Nachweises, dass die Ausreise des Besuchers erfolgt ist, zurückerstattet.

3. Vollstreckbarkeit

Die aufgewendeten öffentlichen Mittel können im Wege der Vollstreckung zwangsweise beigetrieben werden.

4. Freiwilligkeit der Angaben

Alle von mir gemachten Angaben und Nachweise beruhen auf Freiwilligkeit. Mir ist dabei bewusst, dass eine Verpflichtungserklärung unbeachtlich ist, wenn aufgrund fehlender Angaben die Bonität nicht geprüft werden kann.

Ich wurde von der Ausländerbehörde auf den Umfang und die Dauer der Haftung hingewiesen, die Möglichkeit von Versicherungsschutz sowie die zwangsweise Beitreibung der aufgewendeten Kosten im Wege der Vollstreckung, soweit ich meiner Verpflichtung nicht nachkomme.

Ich wurde belehrt, dass unrichtige und unvollständige Angaben strafbar sein können (z. B. bei vorsätzlichen, unrichtigen oder unvollständigen Angaben, vgl. § 95 AufenthG – Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe).

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten gemäß § 69 Absatz 2 Nummer 2h AufenthV gespeichert werden.

Ich wurde darauf hingewiesen, dass eine Ablichtung der Verpflichtungserklärung bei der Auslandsvertretung abzugeben ist und somit vor Antragstellung eine Kopie gefertigt werden sollte. Weiterhin bestätige ich, zu der Verpflichtung auf Grund meiner wirtschaftlichen Verhältnisse in der Lage zu sein und erkläre, dass ich keine weiteren Verpflichtungen eingegangen bin, die die Garantiewirkung der aktuellen Verpflichtungserklärung gefährden.“

Ich bestätige mit meiner Unterschrift, dass ich den Inhalt dieser Belehrung verstanden habe.

Ort, Datum Unterschrift des Erklärenden

Erklärung des Ehepartners

Nur notwendig, wenn auch Einkommen des Ehepartners zur Sicherstellung des Unterhaltes des Besuchers herangezogen wird. Bitte dann auch das Ausweispapier des Ehegatten mit vorlegen!

Ich bin damit einverstanden, dass mein Ehepartner im Rahmen der Abgabe der Verpflichtungserklärung meine Arbeitgeberbescheinigung vorlegt und dass mein Einkommen bei der Berechnung der pfändbaren Einkünfte gemäß §§ 850 ff. ZPO zum Einkommen meines Ehepartners hinzu gerechnet werden.

Ich bestätige ebenfalls mit meiner Unterschrift, dass ich den Inhalt dieser Belehrung verstanden habe.

Ort, Datum Unterschrift des Ehepartners des Antragstellers